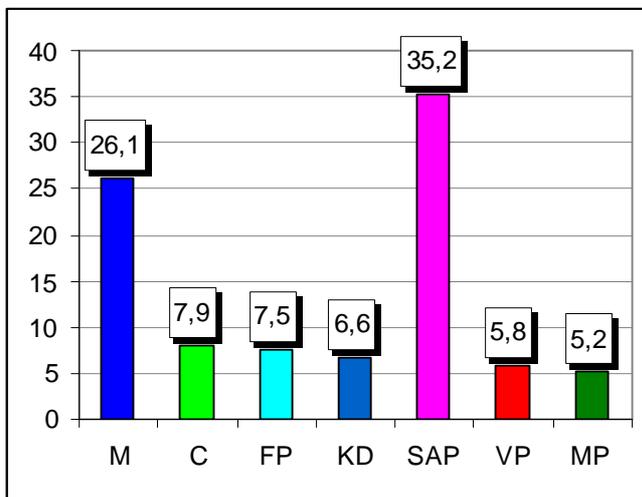


Sonder-Wahlnachtbericht: Reichstagswahl in Schweden 2006 Sozialdemokraten erhalten schlechtestes Ergebnis ihrer Geschichte

- I. Sozialdemokraten und Linke verlieren, Grüne und bürgerliche Parteien gewinnen hinzu ... 1
- II. Persson tritt zurück, nachdem die Rechten ihn links überholten 2
- III. Linkspartei muss sich neu aufstellen 3
- IV. Anhang: Schwedische Parteien – ein Überblick 4

I. Sozialdemokraten und Linke verlieren, Grüne und bürgerliche Parteien gewinnen hinzu

Nach einer herben, aber sich bereits länger abzeichnenden Niederlage, mussten die schwedischen Sozialdemokraten zum dritten Mal seit 1932 einer bürgerlichen Regierung Platz machen. Zuletzt regierte eine bürgerliche Koalition von 1991 bis 1994.



Die aus vier bürgerlichen Parteien bestehende Allianz (Konservative = M, Zentrum = C, Liberale = FP, Christdemokraten = KD) kam in der jüngsten, schon ziemlich sicheren Hochrechnung auf 48,1%. Der Linksblock aus Sozialdemokraten (=SAP), Linkspartei (=VP) und Grünen (=MP) erzielte demnach 46,2% der Stimmen.

Die Sozialdemokraten verloren 14 ihrer bisherigen 144 Mandate - das ist das schlechteste Ergebnis ihrer Parteigeschichte.

Die Konservativen erzielten einen Erdbebensieg und können ihre bisher 55 Mandate auf 97 Mandate fast verdoppeln.

Die Zentrumsparterie wird künftig vermutlich 29 statt bisher 22 Mandate stellen. Trotz deutlichen Verlusten der beiden anderen Partner kommt die Allianz damit insgesamt auf 178 Mandate. Im Schwedischen Reichstag gibt es 349 Sitze. Die Wahlbeteiligung war mit 80,4% um 0,3% höher als vor vier Jahren.

Partei	2006		2002	
	%	Sitze	%	Sitze
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP)	35,2 (-4,7)	130 (-14)	39,9	144
Konservative (M)	26,1 (11)	97 (42)	15,1	55
Zentrum (C)	7,9 (1,7)	29 (7)	6,2	22
Liberale (FP)	7,5 (-5,8)	28 (-20)	13,3	48
Christdemokraten (KD)	6,6 (-2,5)	24 (-9)	9,1	33
Linkspartei (VP)	5,8 (-2,5)	22 (-8)	8,3	30
Grüne (MP)	5,2 (0,7)	19 (2)	4,5	17
Sonstige Parteien	5,7	-	3,6	-
Absolute Mandatszahl		349		349
Wahlbeteiligung	80,4		80,1	

II. Persson tritt zurück, nachdem die Rechten ihn links überholten

Der schwedische Ministerpräsident Persson hat bereits am Sonntagabend die Wahlniederlage seiner Sozialdemokraten eingestanden und als Konsequenz seinen Rücktritt als Regierungs- und Parteichef erklärt. Er dankte seinen Anhängern und versprach ein sozialdemokratisches Comeback für die Zukunft. "Dazu werde aber nicht mehr ich euch führen", sagte der scheidende Ministerpräsident. Außerdem werde er seinen Parteikollegen am Montag einen Sonderparteitag für März 2007 vorschlagen, auf dem sein Nachfolger an der Parteispitze bestimmt werden solle.

Sein Herausforderer, der konservative Spitzenkandidat der bürgerlichen "Allianz", Fredrik Reinfeldt, sagte, der Sieg sei „eine Teamarbeit“ aller vier bürgerlichen Parteien über das sozialdemokratische Regierungslager gewesen. Diese Einschätzung trifft völlig zu, denn vor allem zwei Dingen ist der bürgerliche Wahlsieg zu verdanken:

- der lange Zeit nicht für möglich gehaltenen Einigkeit der für gewöhnlich zerstrittenen Rechtsparteien,
- dem programmatischen Wechsel der Partei Reinfeldts von einer konservativen Privatisierungspartei zur „neuen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“.

Wahlen werden in der Mitte gewonnen, lautet eine Faustregel der Wahlforschung und im sozialdemokratisch dominierten Schweden folgt daraus, dass ein Wahlsieg nur unter Anerkennung der Grundpfeiler des dortigen Sozialstaates zu erringen ist. Reinfeldt hielt sich eifrig daran und entgegnete den Sozialdemokraten: "Was immer ihr für Schule und Gesundheitswesen ausgeben - wir bieten mehr." Das verspricht er im Namen einer Partei, die doch jahrzehntelang vor allem für eines stand: für Privatisierung und weniger Staat. Mit dem Versprechen zusätzlicher Sozialleistungen in Milliardenhöhe, kürzeren Arbeitszeiten, mehr Geld für alternative Energien, einer kinderfreundlicheren Gesellschaft überholten die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten von links. Jungen Arbeitslosen unter 24 Jahren verspricht Reinfeldt eine "Job-Garantie nach spätestens 50 Tagen" und einen "persönlichen Coach" bei der Job-Suche. Das Versprechen der Sozialdemokraten, die Sozialausgaben um 11 Milliarden Schwedenkronen (fast 1,2 Milliarden Euro) zu steigern, toppte die bürgerliche Allianz mit noch üppigeren staatlichen Verheißungen um weitere 16 Milliarden Kronen.

Reinfeldts Vorbild ist nicht Thatcher sondern Blair. Als „Neue Moderate“ sah er seine Partei und überzeugte sowohl den starken neoliberalen Wirtschaftsflügel als auch den wertkonservativen.

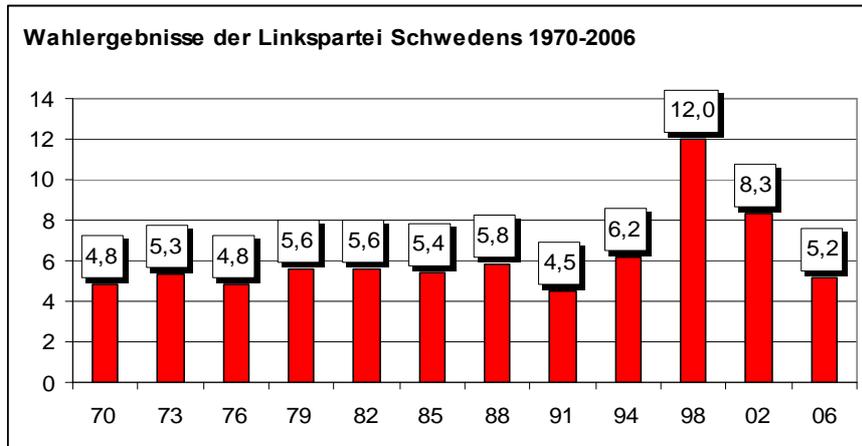
„Es ist der ‚Kampf um die neue Mitte‘, sagt Politikforscher Olof Petersson - in einem Land, dem es gut geht wie noch nie. Die Wirtschaft wächst seit Jahren, 2006 werden 4,1 Prozent erwartet. Die offene Arbeitslosigkeit lag im Sommer bei fünf Prozent, die Inflationsrate unter zwei. Der Haushalt weist einen Überschuss aus. Die Kaufkraft ist hoch, Lebensstandard und Konsumfreude ebenso: Die Schweden sind zufrieden.

In Umfragen sagen 94 Prozent der Bürger ohne Umschweife, es gehe ihnen gut. Und jeder Zweite glaubt, dass es bald noch besser wird. Auf einer ‚Weltkarte des Glücks‘, für die ein britischer Wissenschaftler Untersuchungen über die wirtschaftliche und soziale Lage sowie den Wohlstand von 178 Ländern zusammengefügt hat, liegt Schweden weit vorn: auf einem respektablen Platz sieben.

Gerade dieser ‚Wohlfühlfaktor‘, auf den die Sozialdemokraten eigentlich setzen, könnte - paradox - den Nährboden für die greifbare Wechselstimmung bilden. Denn die Genossen im Norden gelten traditionell als Partei für schwierige Zeiten.“¹

¹ Manfred Ertel, Von den Rechten links überholt, in: Spiegel-online, 15.09.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,437059,00.html>

III. Linkspartei muss sich neu aufstellen



Die Linkspartei Schwedens ist vergleichbar mit der deutschen Linkspartei. Entstanden aus einer kommunistischen Tradition, verzichtete sich 1990 auf den Namensbestandteil „Kommunisten“ und verstand sich als demokratisch-sozialistische und feministische Partei. Diese Ausrichtung wurde 1993 im Parteiprogramm festgelegt. Mit der Wahl der

Parteivorsitzenden Gudrun Schyman gelang es der Linkspartei eine über das bisherige Linkspartei-Milieu wirksame Ausstrahlung zu entwickeln. Die radikale Ablehnung eines EU-Beitritts Schwedens führte die Linkspartei 1998 auf die Spitze ihres Erfolges. Sie konnte ihr Stimmverhältnis verdoppeln und erreichte 12%. Zuletzt hatte sie im Jahre 1944 als Kommunistische Partei 10,2% erreicht.

Seit 1998 tolerierte die Linkspartei, gemeinsam mit den Grünen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Diese Tolerierung sollte nach Auffassung der beiden kleinen Parteien bei einem Wahlsieg des Linksblocks in eine offizielle Regierungsbeteiligung münden, was Person jedoch ablehnte.

Die Linkspartei präsentierte sich in der abgelaufenen Wahlperiode als innerlich zerrissen. Einen dramatischen Verlust erlitt die Partei mit dem öffentlichkeitswirksamen Austritt der populären Parteivorsitzenden Schyman aus der Linkspartei und gemeinsam mit einer Parteifreundin auch aus der Reichstagsfraktion, die damit von 30 auf 28 Mitglieder abschmolz. Schyman gründete mit der feministischen Autorin Ebba Witt-Brattström eine neue Partei – die Feministische Initiative und gab nach Monaten der Spekulation im September 2005 bekannt, dass die FI an den Reichstagswahlen teilnehmen wolle. In ersten Meinungsumfragen erhielt die FI sensationelle 7% und mehr. Angesprochen werden sollten sämtliche politische Lager. Wie so oft in Gründungs- und Neubildungsprozessen, führten interne Auseinandersetzungen dazu, dass die FI an Bedeutung verlor. Bereits im August 2005 verließ Ebba Witt-Brattström den FI-Vorstand, es folgten weitere Austritte. Bei der Wahl kam die FI nicht ins Parlament.

Hinzu kamen parteiinterne Richtungsauseinandersetzungen zwischen einem traditionellen Flügel um den Parteivorsitzenden Lars Ohly, der sich als Kommunist versteht, und einem Modernisierungsflügel um den Parteiveteran und früheren Vorsitzenden Johan Lönnroth, der 1990 die Wende zum demokratischen Sozialismus einleitete. Lönnroths Flügel, der beim letzten Parteitag weiter an Einfluss verlor, wirft der Parteiführung vor, sie unterbreite unrealistische, nicht finanzierbare Vorschläge und gehe unkritisch mit der eigenen Geschichte um.

Es wird sich nun zeigen, wie die Linkspartei ihre Wahlniederlage und ihren Rückfall in der Wählerzustimmung auf das Niveau von 1988 verarbeitet und welche Schlussfolgerungen sie für ihre politische Entwicklung zieht. Es ist dafür möglicherweise nicht von Nachteil, dass auch die schwedischen Sozialdemokraten nach ihrer Wahlniederlage gemeinsam mit der Linkspartei Strategien entwickeln können, wie das schwedische Sozialmodell durch die politische Linke fortgeführt und die Regierungsmacht den bürgerlichen Parteien spätestens 2010 wieder abgenommen wird.

IV. Anhang: Schwedische Parteien – ein Überblick²

Regierung und Kooperationspartner:

Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten sind die „natürliche Regierungspartei“ in Schweden, denn sie haben die Geschicke des Landes über weite Strecken hinaus bestimmt.

Linkspartei

Die Linkspartei ist eine der beiden Unterstützerparteien der sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Selbst bezeichnet sie sich als sozialistisch und feministisch. Die vergangenen Jahre waren vor allem durch innerparteiliche Skandale und Streitigkeiten geprägt.

Umwertpartei

Die Umweltpartei ist, neben der Linkspartei, „stiller Partner“ der Regierung Persson. Abgesehen von Umweltfragen kämpften Schwedens Grüne lange Zeit für den Austritt des Landes aus der EU. Mittlerweile steht der Austritt nicht mehr ausdrücklich auf der politischen Agenda.

„Allianz für Schweden“ (bürgerliche Opposition)

Konservative

Die Konservativen sind Schwedens grösste bürgerliche Oppositionspartei und wurden im Jahr 1904 gegründet. Letztmals stellten sie von 1991 bis 1994 den Regierungschef. Bei dieser Wahl ist die Chance auf einen Sieg so gross wie lange nicht mehr.

Liberales

Die Liberale Volkspartei ist Schwedens älteste und zugleich europafreundlichste Partei. Freie Marktwirtschaft und verstärkte Mitarbeit in EU und NATO sind Kernpunkte des liberalen Parteiprogramms.

Christdemokraten

Die Christdemokraten wurden 1964 gegründet. Zu Beginn war die Partei ziemlich klein und nur auf kommunaler Ebene repräsentiert. Der Aufstieg kam mit dem landesväterlichen Vorsitzenden Alf Svensson. Die Partei steht für einen sozialkonservativen Kurs in der schwedischen Politik.

Zentrum

Die Zentrumsparterei verstand sich lange Zeit als politische Vertretung der landwirtschaftlich geprägten Regionen Schwedens. Heute ist sie Teil der bürgerlichen „Allianz für Schweden“, besitzt aber gleichzeitig ein starkes umweltpolitisches Profil.

* * *

² Quelle: Radio Sweden, <http://www.sr.se/cgi-bin/International/nyhetssidor/artikel.asp?nyheter=1&ProgramID=2108&Artikel=835334>